

Die militärpolitische Konzeption der USA

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Protar**

Band (Jahr): **22 (1956)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-363623>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Initiativkomitee, das eventuell noch erweitert werden soll, besteht vorläufig aus folgenden Persönlichkeiten: Dr. med. Béguin, La Chaux-de-Fonds; Pfarrer Béguin, La Chaux-de-Fonds; René Bovard, Genf; Dr. Samuel Chevallier, Lausanne; Eric Des-cœudres, Basel; Jules Humbert-Droz, Zürich; Henri Jaquet, Le Locle; Pfarrer Willy Kobe, Zürich; Pfarrer Gottlieb Roggwiler, St. Gallen; Otto Siegfried, Zürich; Pfarrer O. Schäfer, Olten, und Fräulein Dr. Helene Stähelin, Zug.

-ü- Das hartnäckige Bemühen dieser Kreise für eine demonstrative Herabsetzung der Militärausgaben ist ebenso naiv wie

unverständlich. Die Fixierung der Militärausgaben auf einen bestimmten Betrag ist ein unrealistisches Unterfangen. Nachdem die zwei neuen Volksbegehren, sollten sie tatsächlich durchgeführt werden, formell offenbar besser redigiert sind als die von der Bundesversammlung ungültig erklärte erste Aktion, muss mit einem Abstimmungskampf in absehbarer Zeit gerechnet werden. Es wird nötig sein, dass die Kreise, die auf dem Boden einer wirkungsvollen und konsequenten Landesverteidigung stehen, geschlossen die Abwehr gegen diesen recht gefährlichen Versuch, die bewaffnete Neutralität der Schweiz zu einer halbhatzigen Angelegenheit zu machen, aufnehmen.

Die militärpolitische Konzeption der USA

Präsident Eisenhower umschreibt in der Budgetbotschaft 1956/1957 seine militärpolitische Konzeption wie folgt: Langfristige Rüstungsplanung unter Verzicht auf die willkürliche Annahme von Zeiten sogenannter «maximaler Gefahr», Beibehaltung der Fähigkeit, einen potentiellen Angreifer abzuschrecken und ihn zu treffen, wenn er angreifen sollte, Betonung der wissenschaftlichen und technischen Weiterentwicklung des Kriegsmaterials und weniger starke Berücksichtigung zahlenmässiger Mannschaftsstärke, Aufrechterhaltung eines praktisch noch erträglichen Bereitschaftsgrades und Schaffung entsprechender Reserven, Konzentration auf diejenigen Streitkräfte, die die Kräfte der Alliierten der Vereinigten Staaten am besten ergänzen, Erhaltung einer starken und sich erweiternden Industriebasis für Verteidigungszwecke.

Der Präsident erklärt, dieser Konzeption entsprechend verführe das Land heute über die grösste Militärmacht, die es in Friedenszeiten je gehabt habe. Der aktive Mannschaftsbestand

der Streitkräfte wird mit 2,8 Mio Mann angegeben. Was die Atomwaffen betrifft, so erklärt der Präsident, solange kein verlässliches internationales Abkommen bestehe, müsse Amerika fortfahren, seine Vorräte an nuklearen Waffen zu erhöhen, und ebenso auch die Mittel, mit denen sie an den Feind getragen werden können, vermehren. Darin liege das wirksamste Mittel zur Verhinderung einer bewaffneten Aggression in der Welt. Gleichzeitig wird das Programm für die friedliche Verwendung der Atomenergie weitergeführt, und Eisenhower wiederholt seinen letztjährigen Vorschlag, es solle ein Schiff mit Atomtrieb gebaut werden, um dieses Friedensprogramm zu propagieren. Im übrigen heisst es in der Budgetbotschaft, es würden in Zukunft grössere Quantitäten von Uranerz gekauft und die Fabriken und Laboratorien der Atomic Energy Commission ausgebaut werden, wobei besonders auch die Entwicklung atombetriebener Fahrzeugmotoren gefördert werden soll.

(NZZ, 17. I. 1956.)

Reduktion auf eine Atom-Armee auch in England?

Die bekannte englische Wochenzeitschrift «Economist» berichtet in ihrer Ausgabe vom 7. Januar 1956 unter der Ueberschrift «Ohne Wehrpflicht?» über Gerüchte, die seit einigen Wochen in England zirkulieren, wonach die englische Regierung beabsichtige, die allgemeine Wehrpflicht in den nächsten zwei bis drei Jahren aufzuheben. Zwar seien diese Gerüchte nicht zuverlässig, seien aber durch eine Ankündigung des gegenwärtigen Kabinetts entstanden über die neue, eingeschränkte Bedeutung der Reservisten. Es ist in England der Eindruck entstanden (nicht unähnlich der Situation der Schweiz in den letzten paar Monaten), die Ausrichtung auf den Atomkrieg — sowohl was Bewaffnung wie was die Taktik anbetrifft — werde dazu führen, die Armee gewissermassen «stromlinienförmig» zu machen: eine vollständige Berufsarmee, personell eher knapp dotiert und völlig auf den Atomkrieg eingestellt.

Die Zeitschrift selbst gibt der Meinung Ausdruck, dass die allgemeine Wehrpflicht möglicherweise nicht mehr die beste Methode sei, die Armee mit Einschluss der Luftwaffe und Marine mit jenem Typ von Soldaten zu dotieren, den sie mehr und mehr brauche. England benötige nicht mehr eine Armee von 440 000 Mann, weder im heissen noch im kalten Krieg. Vier Divisionen in Deutschland und zwei in England benötigen 110 000 Mann; weitere 100 000 Mann braucht es in den Kolonien und in den sonstigen überseeischen Gebieten; dazu sollten 90 000 Mann als Reservisten gezählt werden, insgesamt also 300 000 Mann. Davon sollten nach Ansicht der Zeitschrift auf alle Fälle 200 000 Berufssoldaten sein und die weiteren 100 000 als Reservisten auf Grund einer zweijährigen Ausbildung bereitstehen. Eine solche Ordnung würde naturgemäss erhebliche finanzielle Aufwendungen bedingen, da die Berufssoldaten ganz anders zu entschädigen sind als die Reservisten.